

Zeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und IJselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagssort: Bocholt.
Verlagort: Dortmund

Volksblatt

für Bocholt und den Kreis Borken

Verkaufspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2.20 Pfg. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. wöchentlich. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Zeile. — Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinslhofer Straße 55 (L. Florad), Euzler Weg 2 (G. Ritten), Schwanenstraße 2 (B. Untend), Sachlenstraße 99 (S. Statte), Lentingstraße 14 (R. Quirbach), Gneisenstraße 35 (S. Quirbach), Potsdamstraße 2 (B. Doves). — Geschäftsstelle Rheide: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rheide 79.

Nummer 163

Samstag, den 15. Juni 1935

Jahrgang 1935

Der japanische Vorstoß in Nordchina.

Im Gebiet der alten Kaiserstadt Peking, die heute meist Beijing genannt wird, und der großen Hafenstadt Tientsin herrscht Panikstimmung. In Massen flüchtet die Bevölkerung südwärts, Züge und Straßen sind überfüllt, von allen Seiten sind japanische Truppenkontingente aller Waffengattungen im Anmarsch, über die Erregung der Städte und die Angst des Landes hinweg brausen die japanischen Fliegergeschwader zur Kontrolle des Abmarsches der chinesischen Truppen, sagen die Japaner. Die Chinesen haben in aller Hast die Garnisonen der Provinz Tschangha sowie die Gebiete von Peking und Tientsin geräumt. Ihr Abzug nach Süden gleicht dem einer Flucht. Der militärische Chef von Peking, General So Yin Chin, hat sich mit seiner Familie nach Nanjing begeben, obwohl der japanische General Dohara um eine Rückfrage ersucht hatte — der chinesische General hat es anscheinend nicht über sich bringen können, weitere Ultimaten von den Japanern ohne Aussicht auf einen wirklichen Widerstand entgegenzunehmen. In Peking und Tientsin haben die Japaner schon vor Tagen die Polizeigewalt übernommen. Überall in den vier nördlichen Provinzen sind die der Regierung in Nanjing treuen Beamten durch „japanfreundliche“ ersetzt. Japan ist bereits unbefristeter Herr des Gebietes bis zu dem großen Fluß des Hoangho, das heißt also noch 400 bis 600 Kilometer südlich von Peking! In den nordchinesischen Schächten sind japanische Kriegsschiffe vor Anker gegangen, Truppentransporte rollen nach Süden, die japanischen Militärbehörden verkehren mit Nanjing seit einigen Tagen fast nur noch in der Form des Diktates, da verlangen gar von der Nanjing-Regierung eine schriftliche Verpflichtung der Nichtteilnahme in Nordchina, also in ein Gebiet, das mitten in Mittchina liegt.

Dies alles, nachdem erst vor wenigen Wochen freundschaftliche Verhandlungen zwischen Tokio und Nanjing über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit großem Erfolg geführt worden waren, nachdem man die beiderseitigen Gesandtschaften zu Volkschaften erhoben hatte und die besten Aussichten auf die Beilegung der langjährigen ostasiatischen Kämpfe gegeben erschienen. Heute dagegen befindet sich in dem oben genannten Gebiet etwa dieselbe Situation wie bei dem japanischen Angriff auf Schanghai oder wie bei dem ersten Stadium der japanischen Besetzung der Mandchurie im Jahre 1931. Wobei man nicht verschweigen darf, daß die Regierung in Nanjing in den letzten Tagen selbst die weitestgehenden japanischen Forderungen hinsichtlich der Provinz Tschangha restlos erfüllte, Forderungen, die der völligen Aufgabe der Souveränität über eine ganze Provinz gleichkamen. Zur Zeit liegen die Dinge so, daß ganz Nordchina bis zum Hoangho-Tal dem Machtbereich der chinesischen Regierung entzogen ist. Sie beherrscht nicht einmal mehr die Hälfte des Gebietes des alten Kaiserreiches, und selbst innerhalb dieser knappen südchinesischen Hälfte kann sie infolge der dort noch stehenden nicht unterdrückten kommunistischen Armeen nur sehr bedingt von einer Souveränität sprechen.

Als die Besetzung der Mandchurie durch die Japaner beendet war, legten die japanischen Militärbehörden bald darauf die Hand auch auf die an die Chinesische Mauer stoßende Provinz Dschangha mit der Begründung, der neue Staat Mandchukuo müsse nach Süden hin gesichert werden. Man sprach dabei von einer neutralen Zone. Sie ging bald völlig in den Besitz der Japaner über. Das nächste Stadium bestand in einer Reihe von kleinen aufklärenden Vorstößen über die Chinesische Mauer. Lange bevor die japanischen Abteilungen auf Peking und Tientsin offenbar wurden, erschienen bereits die Gestalt des letzten chinesischen Kaisers, des jetzigen Nominalherrschers von Mandchukuo, in den Berichten der Weltpresse immer wieder als Kaiser von ganz Nordchina mit dem Sitz in Peking, wo jetzt bereits Teile der ehemaligen Verbottenen Stadt, Gebäudekomplexe des früheren kaiserlichen Palastes, in aller Eile wieder hergerichtet werden, angeblich für den japanischen Oberkommandierenden.

Nach dem Stadium der aufklärenden militärischen Vorstöße über die Große Mauer ist nun das dritte Stadium zugunsten Japans so gut wie vollendet. Japan fußt bei seinem Vorgehen auf das Tangku-Abkommen vom 22. Mai 1933, das die Ausdehnung der neutralen Zone nördlich vorzäh. Und dieser Notfall war nach japanischer Darstellung jüngst eingetreten, weil südlich der Großen Mauer keine Ordnung herrschte, die Kuomintang-Partei noch nicht unterdrückt war und Generale an der Spitze von chinesischen Militär standen, denen die Japaner mißtrauten. Zwar nahm die Regierung in Nanjing die Forderungen Japans an, sie entließ die Generale und transportierte die beiden Divisionen, die in der Provinz Tschangha standen, ab, aber der japanische Militärbefehlshaber war damit noch nicht befriedigt, vielmehr ließ er seine Truppen in die nordchinesischen Provinzen ein-

Lavals Sanierungsmaßnahmen.

Unentwegte Verteidigung des Franken und besonders kräftiger Kampf gegen die Spekulation.

Französische Stellungnahme zu den Londoner Flottenverhandlungen.

(1) Paris, 14. Juni.

Nachdem der Ministerpräsident das Programm für die Beilegung der Streitigkeiten des verstorbenen Unterstaatsministers Marcombes geregelt hatte, hat Kriegsminister Laval den Rat über den Stand der deutsch-englischen Flottenverhandlungen in Kenntnis gesetzt. Der Ministerrat hat darüber beraten und den Außenminister und den Kriegsminister beauftragt, den Wortlaut der französischen Antwort an die britische Regierung auszuarbeiten.

Ueber den Verlauf des Ministerrats wird weiter bekannt, daß keine Einzelbeschlüsse über die wirtschaftlichen und finanziellen Pläne der Regierung gefaßt worden sind, doch ist ein umfangreiches und genaues Arbeitsprogramm festgelegt worden. Die von der Regierung zu treffenden wirkungsvollen Maßnahmen sind vom Ministerrat grundsätzlich gebilligt worden. Ministerpräsident Laval hat zum Ausdruck gebracht, daß man energisch handeln müsse, aber ohne unnütze Härte. Außer den Ersparnissen hat der Ministerrat sich mit den Mitteln befaßt, die die wirtschaftliche Tätigkeit des Landes befehlen sollen. Es wird besonders betont, daß man den Kampf gegen die Spekulation besonders kräftig ausfallen werde. Ein neuer Ministerrat wird voraussichtlich am Dienstag der nächsten Woche stattfinden.

Das Sparprogramm wird sich, wie verlautet, zunächst auf drei Gruppen von Ersparnissen erstrecken. Die ersten für die Pensionen an die Kriegsteilnehmer sollen auf eine besondere Pensions-

klasse abgewälzt werden, wodurch der Staat im ersten Jahre 600 bis 700 Millionen einsparen hofft. Sodann soll die Kapitalisierung der Sozialversicherungsbeiträge aufgehoben werden. Voraussichtlich Ergebnis: nahezu eine Milliarde. Schließlich soll den kostspieligen, weil völlig unrentablen Kleinbahnen zu Leibe gegangen werden, die zum größten Teil für das Niederdieselgut verantwortlich zu machen sind, mit dem die französischen Eisenbahnen zu kämpfen haben. Gerade in dieser Beziehung dürfte aber das Kabinett auf die schwersten parlamentarischen Widerstände stoßen. Denn kein Parlamentarier, einzeln, welcher Partei er angehört, wird so ohne weiteres in die Aufhebung von Zügen oder gar die Einstellung ganzer Linien in seinem Departement willigen. Der Generaldirektor der staatlichen Eisenbahnen, Daurin, der bei der letzten Krise wiederholt als künftiger Minister für öffentliche Arbeiten genannt worden war, soll beauftragt werden, einen Plan zur Reorganisation der französischen Kleinbahnen auszuarbeiten. In einem zweiten bzw. dritten Schube von Notverordnungen würde darauf die Amortisierung der Rentenschuld teilweise eingestellt und die Verwaltungsreform durchgeführt werden. Im Zuge dieser Aktion sollen 55 000 Beamtenstellen abgebaut und die mittleren und höheren Gehälter starken Kürzungen unterworfen werden.

Weitere französische Goldtransporte nach London und Brüssel.

(2) Paris, 14. Juni.

Auf dem Flugplatz de Boulogne wurden am Donnerstag 12 000 kg Gold im Werte von 20 Millionen Francs nach London und Brüssel verfrachtet, ein Beweis, daß der Goldabfluß weiter anhält.

rücken, um dort die Garantie für die Aufrechterhaltung der Ordnung selbst zu übernehmen. Diese Provinzen — Tschili (Hopen), Schantung, Schansi und Tschangha — sind reich an Kohle und Eisen, Dinge, die Japan entbehrt. Hier sind weite Absatzgebiete für die japanische Industrie, Reservoire für die überschüssige japanische Bevölkerung. Aber Japan bestreitet die Absicht einer Annexion, auch die Absicht der Errichtung eines nordchinesischen Kaiserreiches oder eine Ausdehnung des mandchurischen Reiches auf die nordchinesischen Provinzen. Es will nur Ordnung herstellen und halten. Zweifelslos wird aber die Entwicklung weiter gehen. Die Weltlage ist dafür günstig. Die europäischen Mächte sind zur Zeit mit den europäischen Fragen, wie Abrüstung und Sicherheit, voll beschäftigt, und Amerika hat an seinen inneren Schwierigkeiten genug zu tun, China jedoch ist schwach und völlig hilflos.

Es ist durch die langjährigen Generalstämme, die sich bis 1929 hinzogen, durch den Verlust seiner nördlichsten Gebiete (Mandchurie, äußere Mongolei, innere Mongolei), durch zahlreiche Mißernten und ungeheure Ueberschwemmungskatastrophen und nicht zuletzt

durch die ständigen inneren Kämpfe gegen die Kommunisten und gegen die südchinesische Regierung in Kanton ausgelöst. Auch der tapfere Widerstand, den Teile der chinesischen Armee bei den Kämpfen um Schanghai leisteten, zeigte im Endeffekt nur, daß China zu einem einheitlich organisierten Widerstand gegen eine hochqualifizierte Militärmacht vom Range Japans in keiner Weise fähig ist. Dies umso weniger, als es eine geschlossene chinesische Armee im Sinne einer modernen Kampfeinheit nicht gibt. Die Haltung Nanjings in den letzten Monaten und Wochen macht den Eindruck hoffnungsloser Resignation. Der bedeutendste chinesische Feldherr und Staatsmann der Gegenwart, Tschiankaifsch, erst vor kurzem von erfolgreichen Kämpfen gegen die kommunistischen Armeen in den mittelmittelchinesischen Provinzen nach Nanjing zurückgekehrt, steht allem Anschein nach ebenfalls keine Möglichkeit, der japanischen Expansion Einhalt zu gebieten. Was ist letztes Ziel ist, kann man vermuten; aber von japanischer Seite wird darüber geschwiegen.

Auf jeden Fall ist jetzt in der großen, nunmehr schon fünf Jahre andauernden Umschichtung der mäch-

politischen Verhältnisse in Fernost ein Abschnitt erreicht, von dem aus die Errichtung eines japanischen Weltreiches von der stützenden Grenze bis in die philippinischen Gewässer hinein durchaus denkbar wäre, wenn man sich der Erörterungen um die spätere Zukunft der noch unter amerikanischer Aufsicht stehenden Philippinen einerseits und der flieberhaften Tätigkeit der Japaner im Inselgebiet der Südpazifik andererseits erinnert.

Kardinal Schulte zu den Devisenprozessen.

DNB Köln, 14. Juni.

Das erzbischöfliche Generalvikariat veröffentlicht folgende Mitteilung:

Seine Eminenz der Herr Kardinal Schulte, Erzbischof von Köln, hat der Staatsregierung gegenüber bezüglich der Devisenverfahren von Ordenspersonen aus der Erzbischöflichkeit Köln folgende Erklärung abgegeben:

„Die bei den Augustinerinnen in der Severin-Straße und bei den Vincentinerinnen in Köln-Nippes vorgenommenen Vergehungen gegen die Devisengesetze sowie jedes Devisenvergehen verurteile ich vollkommen und beflügelt ich schmerzlich. Es gehört zu den schlimmsten Ueberrassungen und Enttäuschungen in meinem Leben, daß bei den genannten Schwestern zwei leitende Persönlichkeiten jenen Einflüssen nachgegeben haben, vor denen ich bereits in einem Erlaß vom 10. Dezember 1931 gewarnt habe.“

Köln, den 11. Juni 1935.

gez.: C. J. Kardinal Schulte,
Erzbischof von Köln.“

Dies ist eine sehr beachtliche Erklärung. Kardinal Schulte, der Vertreter der Kölner Erzbischöflichkeit, der durch die von Kölner Ordensschwestern begangenen Devisenvergehungen als Oberhirte eine besonders harte Enttäuschung erlebt hat, nimmt zu diesen Vergehungen gegen ein für die Wirtschaft des deutschen Volkes lebenswichtiges Reichsgesetz keinen anderen Standpunkt ein als die deutschen Regierungsstellen. Ohne Einschränkung verurteilt er jedes Devisenvergehen. Man spürt aus seinen Worten, daß er für diese Straftaten, die von Trägern eines geistlichen Gewandes begangen sind, keinerlei Entschuldigung gelten läßt. Bemerkenswert ist auch, daß er ausdrücklich in einem Erlaß vor den bösen Einflüssen gewarnt hat, denen die Schwestern nachgegeben haben.

Ribbentrop beim englischen Außenminister.

DNB London, 14. Juni.

Botschafter von Ribbentrop begab sich am Freitagvormittag in Begleitung des Konteradmirals Schuster in das Foreign Office und hatte dort eine längere Unterredung mit dem neuen englischen Außenminister, Sir Samuel Hoare.

(Ueber bemerkenswerte englische Äußerungen zu den deutsch-englischen Flottenverhandlungen wird an anderer Stelle berichtet.)

Russische Vorstellungen in London.

Gegen einen westeuropäischen Luftpakt.

DNB London, 14. Juni.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“ meldet, die Räteregierung habe bei der britischen Regierung Vorstellungen wegen des geplanten westeuropäischen Luftpactes erhoben. Rußland befürchte, daß der Luftpakt jetzt abgeschlossen werden könnte, ohne daß man auf die Erfüllung des Gesamtprogramms des Londoner Protokolls vom 3. Februar d. J. warte. Es habe daher England um Zusicherungen gebeten, daß der Grundpfeiler der Gleichzeitigkeit nicht aufgegeben werde. Die englische Regierung habe diese Versicherung jedoch nicht gegeben.

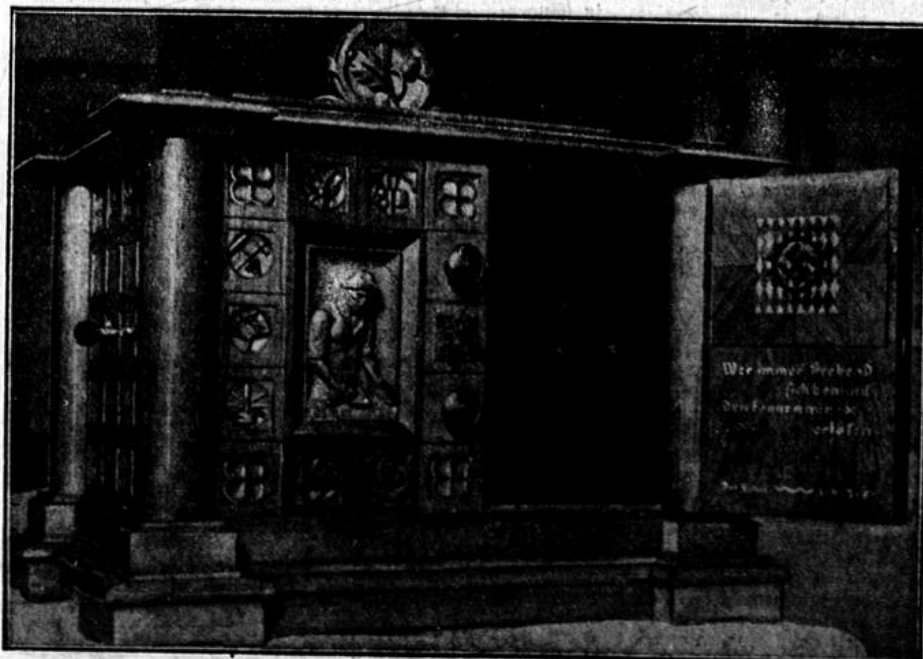
Deutsche Einladung an die Britische Legion.

Am 13. Juli treffen die Engländer in Deutschland ein

DNB Berlin, 14. Juni.

Die „Britische Legion“ hat am Freitag eine offizielle gemeinsame Einladung der großen deutschen Frontkämpferverbände erhalten, und zwar von der Nationalsozialistischen Kampfbund, dem Kampfbund der Nationalsozialistischen Frontkämpfer (Stahlhelm) und dem Reichsverband Deutscher Offiziere. Diese Einladung wurde von der „Britischen Legion“ angenommen. Am 13. Juli wird eine Delegation der „Britischen Legion“ von London nach Deutschland kommen, um die freundschaftlichen Beziehungen mit den genannten Verbänden aufzunehmen.

Die Reichshandwerksmeisterei, die in Frankfurt überreicht wird.



Am Sonntag wird in Frankfurt a. M. dem Reichshandwerksmeister eine kunstvoll gearbeitete Reichshandwerksmeisterei überreicht. Das interessante Werk wurde im Auftrag der Deutschen Arbeitsfront von dem Bildhauer Alfred Thiele-Weipig entworfen und unter Mitwirkung der Bildhauer Arnold, Selzer und Chemnitz geschaffen. (Scherl-M)

Weitere 70 Millionen RM. für die Kleinstiedlung.

DNB Berlin, 14. Juni.

Der Reichs- und preussische Arbeitsminister hat einen Betrag von 70 Millionen RM. für die Kleinstiedlung der Kleinstädte bestimmt und auf die Länder und Verwaltungsbezirke verteilt. Das Saarland ist dabei ganz besonders bevorzugt und räumlich so gestellt worden, als ob es an den früheren Siedlungsabschnitten teilgenommen hätte. Die preussischen und die Grenzgebiete sowie die Ostpreussischen Gebiete sind bevorzugt berücksichtigt worden. Für die Unterteilung innerhalb der Länder und Verwaltungsbezirke sind den Landesregierungen und den nachgeordneten preussischen Behörden bestimmte Richtlinien an die Hand gegeben worden.

Die Finanzierung der neuen Siedlungsvorhaben soll künftig grundsätzlich in der Weise erfolgen, daß die Aufwendungen für Grund und Boden und die Kosten für den Ausbau der Siedlerstellen möglichst weitgehend auf dem privaten Kapitalmarkt durch private erste und zweite wie möglich zweite Hypotheken (biete nötigenfalls unter Reichsbürgschaft) aufgebracht werden. Daneben sollen die Siedler mindestens 20 v. H. des Bau- und Bodenwertes selbst beisteuern. Zur Restfinanzierung der Bauforderungen sowie zur Deckung der Kosten für die Einrichtung der Siedlerstellen können dann Reichsdarlehen bis zum Höchstbetrage von 100 RM. je Siedlerstelle, außerdem für kinderreiche Familien, Schwerkranken, Schwerbeschädigten u. a. Zuschüsse bis zu 200 und bis zu 400 RM. bewilligt werden. Nimmt man an, daß etwa auf zwei Siedlerstellen ein Zuschuß von 200 RM. entfällt, so könnten aus diesen Reichsmitteln also rund 6500 neue Kleinstiedlerstellen gefördert werden.

Geflüge um Siedlerstellen sind wie bisher an die Gemeinden und Gemeindeverbände (Kreise) zu richten.

Der Weg zum Reserveoffizier der Kriegsmarine.

Berlin, 14. Juni.

Für das Offizierskorps des Beurlaubtenstandes der Kriegsmarine wird ein Merkblatt veröffentlicht, in dem es heißt:

Der Weg zum Marineoffizier des Beurlaubtenstandes steht jedem offen, der als Soldat bei der Marine gedient hat und durch seine militärischen Fähigkeiten, Fachkenntnis, Charakteranlagen und Persönlichkeit hervorsticht.

Der Befehl des Reifezeugnisses einer höheren Behörde ist nicht erforderlich, außer für Marineoffiziersanwärter des Beurlaubtenstandes. Geordnete wirtschaftliche Verhältnisse müssen nachgewiesen werden.

Eine besondere Vorbildung muß von den Reserveoffiziersanwärtern verlangt werden, die nur kurzfristig (9 bis 12 Monate) dienen und an Bord verwendet werden sollen.

Die für eine Offizierslaufbahn des Beurlaubtenstandes geeigneten Soldaten werden bei Beendigung der aktiven Dienstzeit zu Reserveoffiziersanwärtern ernannt und im Laufe der folgenden Jahre durch Reserveübungen weitergebildet. Kurzdienende, die nach abgeleistetem Wehrpflichtjahr als Obermatrosen (Oberheizer, Obergaß) der Reserve entlassen werden, haben drei Übungen abzuleisten.

Die Vorgesetzten müssen sich verpflichten, innerhalb von vier Jahren, in Ausnahmefällen innerhalb von sechs Jahren, nach der Beförderung zum Reserveoffizier zwei weitere Übungen mit einer Gesamtdauer von 10 Wochen abzuleisten.

Die Vorgesetzten müssen sich verpflichten, innerhalb von vier Jahren, in Ausnahmefällen innerhalb von sechs Jahren, nach der Beförderung zum Reserveoffizier zwei weitere Übungen mit einer Gesamtdauer von 10 Wochen abzuleisten.

Zur Beförderung zum Marineoffizier des Beurlaubtenstandes können ferner vorgeschlagen werden:

a) ehemalige aktive und Reserveoffiziere der kaiserlichen Marine. Diese haben an einer Neuausbildung in einer Waffe oder Offiziersgattung erfolgreich teilgenommen und eine Übung von mindestens drei Wochen an Bord oder an Land abzuleisten.

b) ehemalige Offiziere der Reichsmarine. Soweit diese vor dem 1. 1. 30 verabschiedet sind, haben sie eine mindestens dreiwöchige Übung abzuleisten. Bei Offizieren, die nach dem 1. 1. 1930 verabschiedet sind, wird von einer Übung abgesehen.

c) ehemalige Oberfeldwebel und Feldwebel, nicht über 45 Jahre alt, die zum Reserveoffizier geeignet sind. Sie werden in besonderen Lehrgängen und Übungen ausgebildet.

Kein Raum mehr für Esperanto.

Ein Erlass des Reichsministers Aufr.

Berlin, 14. Juni.

Der Reichs- und preussische Erziehungsminister hat an die Unterrichtsverwaltungen der Länder folgenden Erlass gerichtet:

Die Pflege künstlich geschaffener Welthilfssprachen wie der Esperanto-Sprache hat im nationalsozialistischen Staat keinen Raum. Ihr Gebrauch führt dazu, wesentliche Werte völkischer Eigenart zu schwächen. Es ist daher von jeder Förderung eines Unterrichts in solchen Sprachen abgesehen. Unterrichtsversuche sind für diesen Zweck nicht zur Verfügung zu stellen. Ein Erlass aus dem Jahre 1924, der für die höheren und mittleren Schulen ergangen war und den entgegengekehrten Standpunkt einnahm, ist aufgehoben worden.

Beginn der Arbeitstagungen des Reichshandwerkertags.

Frankfurt, 14. Juni.

Nachdem am Mittwoch in Berlin, München, am Lannenberg, in Nürnberg, Darmstadt, Frankfurt a. M. und in Düsseldorf Kranzreden gehalten worden, haben am Donnerstag im Rahmen des Reichshandwerkertages die Arbeitstagungen der einzelnen Reichsinnungsverbände ihren Anfang genommen. In Wiesbaden eröffnete und leitete der Reichshandwerksmeister Schmidt die Arbeitstagung des Reichsinnungsverbandes des Installateurs- und Klempnerhandwerks. Bekanntlich war der Reichshandwerksmeister selbst Klempnermeister in seiner Heimatstadt Wiesbaden. Von Wiesbaden begab sich der Reichshandwerksmeister nach Koblenz zur Gesamtsitzung des Reichsinnungsverbandes des Installateurs- und Klempnerhandwerks. An der Stadttagung wurde er von Landeshandwerksmeister Robing und 100 radfahrenden Teilnehmern empfangen und mit Musik durch die Stadt geleitet. Der bisherige Verbandsvorsitzende des Installateurshandwerks Heinz wurde mit ehrenvollen Worten verabschiedet und zum kommissarischen Reichsinnungsverbandsmeister wurde Theodor Kallert vom Reichshandwerksmeister ernannt.

Es steht nunmehr fest, daß bei der großen Kundgebung des Deutschen Handwerks am Sonntag in Frankfurt Sportfeld Reichsminister Dr. Frick, Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und Reichshandwerksmeister Schmidt sprechen werden.

Italienisches Protektorat über Abessinien?

Friedliche Regelung des italienisch-abessinischen Streitfalles?

DNB London, 14. Juni.

Einige Blätter melden, daß zurzeit eine optimistischere Beurteilung der italienisch-abessinischen Streitfrage Platz greife.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ berichtet, daß man in London und Paris während der letzten 48 Stunden eine größere Bereitschaft der italienischen Regierung festgestellt habe, eine friedliche Regelung mit Abessinien zu suchen. Der französische Botschafter in Rom sei mit endgültigen Vorschlägen nach Paris gekommen, wonach Italien alle Gedanken an die Entsendung einer militärischen Expedition nach Abessinien aufgeben würde. Berichte aus Rom, daß die abessinische Regierung bereit sei, gewisse Gebietsstreifen an Italien abzutreten, schienen augenblicklich unbegründet zu sein, sie stellten mehr den Wunsch der italienischen Regierung als die tatsächliche abessinische Einstellung dar. Es sei jetzt sicher, daß Italien die Schutzherrschaft über Abessinien wünsche, obwohl dieser Vorschlag von Abdias Abeba nicht bestätigt werde. Gelingen treffe es zu, daß der abessinische Kaiser zu weitgehenden Zugeständnissen an Italien bereit sei, und zwar sowohl, was Gelegenheiten für die Entwicklung seines Landes betreffe, als auch bezüglich einer italienischen Kolonisation in gewissen Gebieten. Erst in den letzten Tagen habe die italienische Regierung Zeichen der Bereitschaft gezeigt, Zugeständnisse, die durch friedliche Verhandlungen erzielt werden können, zu erwägen. Der aus Rom kommende Bericht, daß ein diplomatischer Meinungsaustausch über die Grundlagen einer möglichen Regelung zwischen Paris, London und Rom im Gange sei, sei jedoch unrichtig.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Morningpost“ meldet, die britische und französische Regierung seien der Ansicht, daß wirtschaftliche Zugeständnisse an Italien keineswegs unvereinbar mit der abessinischen Unabhängigkeit wären.

Es sei daher gut möglich, daß England und Frankreich baldigt den abessinischen Kaiser zu überzeugen suchen, daß eine verhältnismäßige Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Bestrebungen Italiens in seinem eigenen Interesse sei. Italien würde bereit sein, als Gegenleistung die Befreiung abzugeben, daß es keine Absichten gegen die abessinische Unabhängigkeit habe.

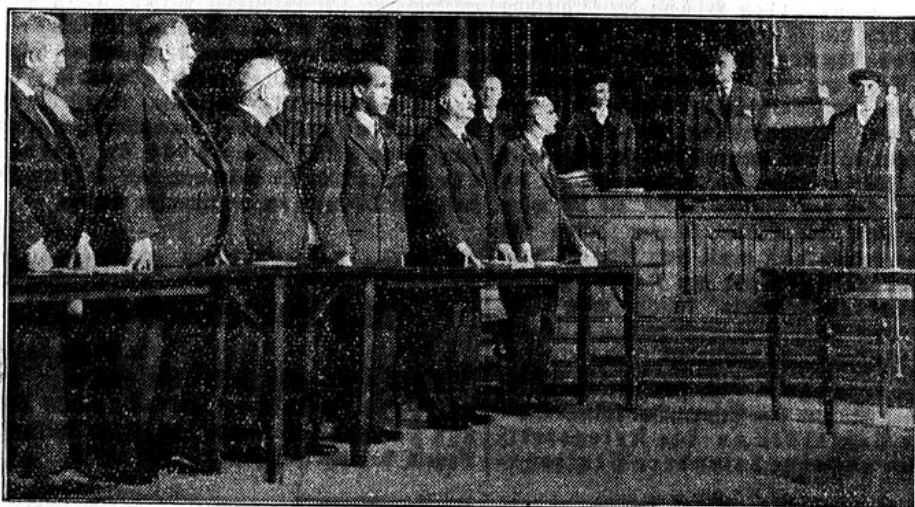
Mussolini über die Politik gegenüber Abessinien.

DNB Paris, 14. Juni.

Mussolini hat am Donnerstag eine Mitarbeiterin des „Excelsior“ empfangen. Im Verlaufe der Unterredung kam auch der abessinisch-italienische Streitfall zur Sprache. Der Duce führte hierzu aus:

„Die abessinischen Angelegenheiten werden ihren logischen Abschluß finden. Italien bestimmt sein Geschick selbst. Ich habe das im Parlament erklärt, ich kann meine Worte nur bekräftigen. Die gesamte afrikanische Frage hängt zusammen mit der Haltung, die jeder europäische Staat bei dieser Gelegenheit einnehmen wird, indem er uns eine nicht nur oberflächliche, sondern tatsächliche Freundschaft bezeugt. Wir haben militärische Maßnahmen ergriffen und werden solche auch weiterhin ergreifen. Trotzdem haben wir einem Schiedsgericht und Ausgleichsverfahren zugestimmt, das sich auf die ausschließliche Prüfung des Zwischenfalls von Lal-Mal beschränken wird. Denn dieser Zwischenfall war das Warnzeichen für eine Lage, die seit Jahren immer enger wurde. Bereits seit 1929, ich betone dies, hat Abessinien begonnen, sein Heer mit Hilfe europäischer Ausbildungsbeamten neu zu ordnen. Die Drohung, der unsere afrikanische Grenze ausgesetzt ist, ist nicht erst im Entstehen begriffen. Sie ist tatsächlich vorhanden und wird immer größer. Sie zwingt uns, die Frage der italienisch-abessinischen Beziehungen von Grund auf aufzuräumen. Daß wir ein Volk sind, das kolonisieren, organisieren und ein Land betreiben kann, beweisen die Verhältnisse in Libyen.“

Die Urteilsverkündung im Rundfunk-Prozeß.



Nach siebenmonatiger Verhandlungsdauer ist der große Rundfunk-Prozeß, der unter dem Namen „Magnus und Genossen“ die Große Strafkammer in Berlin und die deutsche Öffentlichkeit beschäftigt, zu Ende gegangen. Das Urteil lautete gegen die meisten Angeklagten auf Gefängnisstrafen. Unter Bild zeigt die Bank der Angeklagten während der Urteilsverkündung, von rechts nach links: Magnus, Bredow, Gleich, Otto (freigeprochen), Kahl, Jäger (freigeprochen). (Scherr-M)

Das Beileid der Diplomaten zum Reinsdorfer Unglück.

DNB Berlin, 14. Juni.

Anlässlich des Explosionsunglücks in Reinsdorf haben am heutigen Tage der Reichsregierung teils persönlich, teils schriftlich ihr Beileid zum Ausdruck gebracht: Der Apostolische Nuntius, der französische Gesandte, der Botschafter, der italienische Gesandte, der polnische Botschafter, der tschechoslowakische Gesandte, der dänische Gesandte, der holländische Gesandte, der belgische Gesandte, der griechische Gesandte, der portugiesische Gesandte, der spanische Gesandte, der schwedische Gesandte, der norwegische Gesandte, der dänische Gesandte, der holländische Gesandte, der belgische Gesandte, der griechische Gesandte, der portugiesische Gesandte, der spanische Gesandte, der schwedische Gesandte, der norwegische Gesandte.

Reichsminister Dr. Goebbels an der Unglücksstätte.

DNB Wittenberg, 14. Juni.

Im Laufe des Freitag-Nachmittags traf auch der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, in Reinsdorf ein, der nach einer Besprechung mit den Vertretern der Behörden und den Direktoren des Werkes die Unglücksstätte in Augenschein nahm und im Anschluß daran den Verletzten im Paul-Gerhardt-Stift einen Besuch abstattete.

Gemeinschaftsfürsorge für die Opfer.

DNB Wittenberg, 14. Juni.

Wie der Sonderberichterstatter des DNB meldet, gehen fortlaufend weitere Spenden für die Opfer der Reinsdorfer Katastrophe ein. So hat das anhaltinische Staatsministerium mit Zustimmung des Reichsstatthalters Loepner nach einer Befragung der Unglücksstätte einen namhaften Betrag für die Hinterbliebenen und Verletzten, soweit sie ihren Wohnsitz in Anhalt haben, zur Verfügung gestellt. Weiter haben zum Beispiel der Kreis Jerichow und die Stadt Coswig Geldbeiträge geleistet. Aus Wittenberg und den Orten der Umgebung kommen immer wieder Meldungen über Zeichen echten nationalsozialistischen Gemeinschaftsgeistes. In bereitwilliger Weise wurden Wohnungen zur Unterbringung der in der ersten Panikstimmung gestörten Bewohner von Reinsdorf, Braunsdorf und anderen Orten der Nachbarschaft des Werkes zur Verfügung gestellt. Auch die Arbeiter, die zum Teil gestern abend in die weit entfernten Heimatorte zurückkehren konnten, da sie bei dem schnellen Verlassen des Werkes ihre Fahrräder zurücklassen mußten, konnten dank der Hilfsbereitschaft aller Volksgenossen bedarfsmäßig untergebracht werden. Es muß weiter anerkannt werden, daß es nicht zuletzt dem befohlenen Auftreten der rasch aufgetretenen SA zu danken war, wenn die durch ganz unbegründete Alarmgerüchte über Gasgefahr für Wittenberg am Dienstagmittag zunächst harterge regte Bevölkerung so schnell wieder beruhigt werden konnte.

(Weitere Meldungen sowie Einzelheiten über das Explosionsunglück an anderer Stelle.)

Beisehung Poeners auf dem Münchener Waldfriedhof.

DNB München, 14. Juni.

Im Waldfriedhof fand am Freitag vormittag die endgültige Beisehung Ernst Poeners, dessen sterbliche Überreste von Spessheim nach München übergeführt worden waren, statt. Nachdem Kirchenrat Kadner das unerhörene und vorbildliche nationale Wirken Poeners gewürdigt und das Grab geweiht hatte, betonte Gauleiter Staatsminister Adolf Wagner, daß nun Ernst Poener, einer der ganz Großen des merkwürdigen Deutschlands, in München die Ruhestätte gefunden hätte, die das alte System in der ihm zugehörigen Art nicht geben wollte. Das Dritte Reich habe das wieder gutgemacht, und er stehe hier im Auftrage Adolf Hitlers, im Namen der nationalsozialistischen Bewegung des ganzen Reiches und unseres deutschen Vaterlandes, um das zu sagen, was der Vorbild treuester Pflichterfüllung. Gauleiter Staatsminister Wagner legte dann einen mächtigen Lorbeerzweig mit Pfingstrosen und Maiglöckchen am Grabe nieder.

Der schweizerische Olympia-Kredit auch vom Nationalrat angenommen.

DNB Bern, 14. Juni.

Der schweizerische Nationalrat hatte kürzlich einen Kredit von 36000 Franken für die schweizerische Beteiligung an der nächsten Olympiade abgelehnt. Nachdem der Ständerat diesem Kredit zustimmte, kam die Vorlage am Freitag wieder vor den Nationalrat, der sich nun dem Ständeratsbescheid anschloß und den Kredit mit 87 gegen 58 Stimmen ebenfalls bewilligt hat. Die Angelegenheit ist damit endgültig erledigt.

Die Abstimmungen auf dem Parteitag der französischen Sozialisten.

(1) Paris, 13. Juni.

Der sozialistische Parteitag in Mülhausen nahm am Mittwoch die Mandatsabstimmung über die vorliegenden Entschließungen zur Macht ergreifung vor. Die meisten Mandatsstimmen, nämlich 2025, vereinigte der von den nordfranzösischen Sozialisten vorgelegte Text, der die Macht ergreifung von der Zustimmung der Mehrheit des Landes zu dem marxistischen Gedanken abhängig macht.

777 Mandatsstimmen fielen dem Text der Anhänger des sozialistischen Kampfes und der Befürworter des Aufstandes zu. 105 bzw. 83 Mandatsstimmen entfielen auf zwei Texte der noch weiter links eingestellten Elemente der Partei, die sich dem Sozialismus nähern. 229 Man-

datstimmen entfielen sich, 58 waren bei der Abstimmung nicht vertreten.

Angenommen wurde außerdem ein vom Entschließungsausschuß mit allen außer den Stimmen der Sozialisten freunde angestammter Text des Abgeordneten Vincenz Kurios. Er besagt, daß die sozialistische Partei sich auf eine Vintsmehrheit stützen und in der Regierung eine sozialistische Aktion anführen müsse.

Schließlich hat der Parteitag sich mit 2117 Mandatsstimmen für die Gewährung des Frauenstimmrechtes ausgesprochen. 729 Stimmen lauteten dagegen, 273 enthielten sich.

Besichtigungsreise durch die französischen Ostbefestigungen.

DNB Paris, 14. Juni.

Kriegsminister Faidy und die Heeresaus-schüsse des Senats und der Kammer reisen gegenwärtig in die Ostbefestigungszone zur Besichtigung der Grenzverteidigungsanlagen. Auch die Generalstab-chefs der Tschechoslowakei, Südlawiens und Rumaniens sind in Straßburg eingetroffen, wo sie vom militärischen Gouverneur empfangen wurden.

Militärische Vorbildung für österreichische Beamte.

DNB Wien, 14. Juni.

Der Bundesrat beschloß Donnerstag eine Reihe von Gesetzen, darunter eines, das die Aufnahme in den öffentlichen Dienst an die Bedingung einer militärischen Ausbildung knüpft, und ein anderes, durch das in Graz eine neue Militärmittelschule errichtet wird.

Die Folgen des japanisch-sowjet-russischen Grenzzwischenfalls.

DNB Sankt Petersburg, 14. Juni.

Der japanisch-sowjetrussische Grenzzwischenfall, der sich vor kurzem bei Pogranitschnaja ereignet hat, hat eine gewisse Spannung im fernen Osten hervorgerufen. Die mandchurischen Regierungstreue betonen, daß dieser Zwischenfall noch Folgen haben werde, die sich auf die sowjetrussisch-japanischen Beziehungen auswirken könnten. Nach Mitteilung der mandchurischen Kreise haben die Japaner nicht nur die Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt mit Moskau, sondern auch diejenigen über die Errichtung einer entmilitarisierten Zone verweigert, da die Sowjets trotz ihrer Versprechungen im fernen Osten weiter gerüstet hätten und dadurch sowohl Mandchukuo als auch Japan bedrohten.

Die Rechtslage von Südwestafrika.

Eine Erklärung der Südafrikanischen Union.

DNB Genf, 13. Juni.

Der Mandatsauschuß des Völkerbundes hat in seiner Donnerstag-Sitzung den Jahresbericht der Regierung der Südafrikanischen Union über das Mandatsgebiet Südwestafrika für das Jahr 1934 geprüft. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Administrator des Mandatsgebietes, Conrad, auf eine Anfrage, daß die Mandatsmacht nicht beabsichtigt, irgend einen Schritt, der die Rechtslage des Gebietes berühre, zu unternehmen ohne enge Zusammenarbeit mit dem Mandatsauschuß und daß sie unter keinen Umständen den Auschuß vor eine vollendete Tatsache stellen werde.

50 000 Mark-Gewinn gezogen.

DNB Berlin, 14. Juni.

Am heutigen Ziehungstage der 3. Klasse der 45./271. Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde ein Gewinn von 50 000 RM. auf die Nummer 187477 gezogen, die in der ersten Abteilung in vier Ziffern in Württemberg und in der zweiten Abteilung in Württemberg in Mecklenburg gespielt wird.

Änderungen im Programm der Reichstheaterwoche.

DNB Berlin, 14. Juni.

Mit Rücksicht auf die schwere Explosionskatastrophe in Reinsdorf, bei der viele deutsche Arbeiter ihr Leben lassen mußten oder schwer an ihrer Gesundheit geschädigt wurden, erklärt das Programm der Reichstheaterwoche, dem 16. bis Sonntag, dem 23. Juni, in Hamburg stattfindenden Reichstheaterwoche, einige Veränderungen, als an Stelle der Eröffnungsansprache, die Reichsminister Dr. Goebbels am Sonntag, dem 16. Juni, vor der Lotharinger-Aufführung halten wollte, das Hamburger Opernorchestrer der Trauermarsch aus der Eroica spielen wird. Die Teilnehmer werden zu Ehren der Opfer der Katastrophe diese Musik stehend anhören.

Reichsminister Dr. Goebbels hält seine angekündigte Rede vor der Reichstheaterkammer am Montag, dem 17. Juni, um 16 Uhr in der Hamburger Musikhalle. Der für Montag abend vorgesehene festliche Empfang des Hamburger Senats wird im Hinblick auf das Reinsdorfer Unglück abgelehnt.

Englisches Kanonenboot auf Grund gelaufen.

DNB London, 13. Juni.

Ein seltsamer Unfall ist dem englischen Kanonenboot „Haltings“ zugefallen. Auf der Fahrt durch das Rote Meer wurde an Bord bei einer Kollision, die einigen Matrosen Wunden beibrachte, das Boot auf Grund gelaufen. Aus diesem Grunde wurde der Kapitän, Port Sudan auf schnellstem Wege zu erreichen, um die in Frage kommenden Mannschaften ärztlich behandeln zu lassen. 60 Meilen vor Port Sudan lief das Kanonenboot auf Grund. Es mußte Mittwoch nachmittag von der Besatzung aufgegeben werden. Die gesamte Ausrüstung der „Haltings“ wird am Donnerstag abend von einem schweizerischen Kanonenboot nach Port Sudan gebracht werden. Munition und wertvolle Vorräte sind bereits in der vergangenen Nacht mit Hilfe von Pontons gelandet worden. Die Wasserverdrängung der „Haltings“, die 1929 vom Stapel gelassen wurde, beträgt etwas über 1000 Tonnen.

Im Hause der Deutschen Presse in Berlin übergab im Auftrag der deutschen Freunde Südafrikas Superintendent Schomatter dem Gesandten der Südafrikanischen Union, Excellenz Gie, eine Sammlung von Büchern, Akten, Dokumenten, Bildern und Erinnerungsstücken aus der Zeit des Burenkrieges.

Beilage

De in der

Verminderung
Stärkere Sera
stimmungen u

Bon un

Ueb
schen R
Kades
nen un
deutsche
Unter r
Vorbeho
Bilde
mania“
Medum
Konklat
triarde
Riten
Begrü
das Re
Konstitu
teilweis
nung we
noch i
mentis
unfere
Lichtkei
für unse

Seit dem R
Plus XI. von
Kollegium der
Mitglieder zu
In dieser Zeit
Gesamtzahl ist
freilich prattisch
Mitgliedern auf
bieren allerdings
in Rom, die sog
vermalt auf
bischofliche Am
leiten Zodesfall
worden. Von
Kardinalen geh
Daß unter solch
sitium vom 1
der Heiligstsch
Thomas Morus
Kardinal e
in den Truhen
verschlossen gebl
und den schon l
über die Ur
neue Nachru

An sich gibt
jeden Senations
künde sich zum
Vermutung aus
Vatikan ganz ei
neue Kardinalst
will. Die Tati
rienfordinale (d
dem Organis
keine Lücke hint
Neuverteilung d
gefüllt werden
tügen. Aus den
auch auf einen
Welleicht hat d
Kardinalnalle
lichen Kollegial
und Gerichtshöf
auf die Rej
und grundsätzli
deren Anha
Porteseuill
wieder zu b
fassungstrefom
rechlichen Beiti
historische Entw
seit langem dar
nur bei der Pap
eingreifen und
sorgen er in Re
Resortverwaltung
des Papstes her
ausgeschickt, da
auch über die C
gewinnen und a
selbständigen Re
Papstes dürfte
eintreten. Aus
wahrscheinlich, a
sicht umgeht, au
herausgeblendet
diese Annahme
einer Vermutun
belegen läßt. I
andere Vermutun
gleichfalls zu er
deshalb mit der
halten, weil er
„papabile“, s
schon heute
deutlich abg
folger einen mö
seiner vornehm

Das alles fin
und kombin
halb umgeworfe
Entscheidungen
bereitet und die
Entwürfen, son
bekanntmach
wieder häufiger
zögerung der R
hen Zusammen
richte beziehen
Reform der
menfegung

Verfassungsreform in der katholischen Kirche?

Verminderung der Zahl der Kurienkardinäle. — Stärkere Verankerung der Ostkirchen. — Neue Bestimmungen über die Papstwahl. — Vorerst nur Kombinationen.

Von unserem römischen Korrespondenten.

Über eine Verfassungsreform in der katholischen Kirche bezog über eine Reform des Konklaves gehen in Rom Gerüchte und Kombinationen um, die auch bereits in einem Teil der deutschen und ausländischen Presse aufgetaucht sind. Unter römischer Korrespondenz erörtert mit allem Vorbehalt diese Kombinationen und ihre Ausblicke. Bemerkenswert ist dazu, daß nach der „Germania“ von zuständigen Stellen erklärt wird, die Meldung über die Möglichkeit einer Reform des Konklaves im Sinne einer Einberufung der Patriarchen der verschiedenen orientalischen Kirchen zum Konklave entbehre jeglicher Begründung. Freilich habe der Papst immer das Recht und die Möglichkeit, die apostolischen Konstitutionen über das Konklave ganz oder teilweise abzuändern; eine diesbezügliche Neuerung werde aber gegenwärtig weder studiert, noch ins Auge gefaßt. Trotz dieses Demotivs dürften die nachfolgenden Ausführungen unseres Korrespondenten, die auch andere Möglichkeiten als die oben erwähnte, berücksichtigen, für unsere Leser von Interesse sein.

Die Schriftleitung.

▲ Rom, 12. Juni.

Seit dem Konklave vom März 1933 hat Papst Pius XI. von seinem verfassungsmäßigen Recht, das Kollegium der Kardinäle durch die Ernennung neuer Mitglieder zu ergänzen, keinen Gebrauch mehr gemacht. In dieser Zeit sind acht Kardinäle gestorben, und ihre Gesamtzahl ist gegenüber der rechtlich zulässigen, aber freilich praktisch nie ausgefüllten Höchstzahl von siebzehn Mitgliedern auf fünfzig herabgefallen. Davon residierten allerdings gegenwärtig nur neunzehn dauernd in Rom, die sogenannten Kurienkardinäle; die übrigen verblieben außerhalb Roms ihr bischöfliches oder erzbischöfliches Amt. Die Kurienkardinäle sind von den letzten Todesfällen im Kollegium am stärksten betroffen worden. Von den erwähnten acht zuletzt gestorbenen Kardinälen gehörten nicht weniger als sechs zur Kurie. Daß unter solchen Umständen auch in dem letzten Konklave vom 1. April dieses Jahres, das aus Anlaß der Heiligpreisung der Engländer John Fisher und Thomas More einberufen wurde, keine neuen Kardinäle ernannt werden und die roten Hüte in den Trüben und Schranken der Zeremonienmeister verschlossen geblieben sind, hat starkes Aufsehen erregt und den schon längere Zeit umgehenden Gerüchten über die Ursache solcher Unterlassung neue Nahrung gegeben.

An sich gibt es dafür Erklärungen, die auch ohne jeden Sensationscharakter ausreichten. Man könnte sich zum Beispiel, um der am nächsten liegenden Vermutung zu folgen, sehr wohl vorstellen, daß der Vatikan ganz einfach sparen und die Ausgaben für neue Kardinäle so lange wie möglich vermeiden will. Die Tatsache, daß die zuletzt verstorbenen Kurienkardinäle schon auf dem Altenteil saßen und in dem Organismus der kirchlichen Zentralverwaltung keine Rolle hinterlassen haben, die nicht durch eine Neuverteilung der Geschäfte und Ämter leicht ausgefüllt werden konnte, würde diese Vermutung bestätigen. Aus derselben Tatsache kann man allerdings auch auf einen weiter greifenden Plan schließen.

Wäre es die Absicht, die Zahl der Kurienkardinäle auf die Vorstufe der obersten kirchlichen Kollegialbehörden, der Kongregationen, Ämter und Gerichtshöfe der römischen Kurie, also sozusagen auf die Reformatoren zu beschränken und grundsätzlich alle Kardinalstellen, deren Inhaber man als Minister ohne Portefeuille bezeichnen könnte, nicht wieder zu besetzen. Das wäre dann eine Verfassungsreform, die sich ohne Verletzung der kirchlichen Bestimmungen durchführen ließe und eine historische Entwicklungslinie fortsetzen würde, die schon seit langem das Kardinalskollegium als Gesamtheit nur bei der Papstwahl aktiv in die Geschichte der Kirche eingreifen und im übrigen den einzelnen Kardinälen, sofern er in Rom residiert, nur noch als Chef einer Ressortverwaltung unter der obersten Gesamtleitung des Papstes hervortreten läßt — was praktisch nicht ausbleibt, da ein Kardinal kraft seiner Persönlichkeit auch über die Grenzen seines Ressorts hinaus Einfluß gewinnen und ausüben kann. Bei der außerordentlich selbständigen Regierungsmethode des gegenwärtigen Papstes dürfte dieser Fall allerdings nur sehr selten eintreten. Aus demselben Grunde wäre es nicht unwahrscheinlich, anzunehmen, daß Pius XI. mit der Absicht umgeht, aus dem Zustand, der sich tatsächlich herausgebildet hat, ein System zu machen. Aber diese Annahme ist nicht zwingend. Sie entspricht nur einer Vermutung, die sich mit plausiblen Gründen belegen läßt. Nicht minder plausibel ist indessen eine andere Vermutung, die in diesem Zusammenhang gleichfalls zu erwähnen ist. Danach würde der Papst deshalb mit der Ernennung neuer Kardinäle zurückhalten, weil er glaubt, daß sich die Figur des „papabile“, des voraussetzlichen Nachfolgers, schon heute im Kardinalskollegium deutlich abzeichnet, und weil er diesem Nachfolger einen möglichst breiten Raum für die Auswahl seiner vornehmsten Ratgeber frei lassen möchte.

Das alles sind, wie gesagt, nur Vermutungen und Kombinationen, die schon jeden Tag deshalb umgeworfen werden können, weil Pius XI. seine Entscheidungen mit undurchdringlicher Diskretion vorbereitet und die Öffentlichkeit nicht mit Absichten und Entwürfen, sondern nur mit vollzogenen Tatsachen bekanntmacht. Das gilt erst recht für alle neuerdings wieder häufiger auftretenden Gerüchte, die die Verzögerung der Kardinalsernennung in einen ganz großen Zusammenhang gestellt wissen wollen. Diese Gerüchte beziehen sich auf eine angeblich bevorstehende Reform der Papstwahl und der Zusammensetzung des Konklaves, jener Geheimver-

sammlung aller Kardinäle, in der die Wahl des Papstes vorgenommen wird. Da die gegenwärtigen Kardinäle alle der lateinischen Kirche angehören, sind die gleichfalls zur katholischen Kirche gehörenden Ostkirchen am Konklave und damit an der Papstwahl nicht beteiligt. Auf diese Feststellung und auf die allgemeine kirchenpolitische Linie, die katholischen Ostkirchen zu verbreitern, gründet sich das erste der hier noch zu besprechenden Gerüchte. Danach soll die Absicht bestehen, die sechs Patriarchen der Ostkirchen — den koptischen Patriarchen von Alexandria, die syrischen, maronitischen und melchitischen Patriarchen von Antiochien, den chaldäischen Patriarchen von Babylon und den armenischen Patriarchen von Cilicien — künftig in das Konklave aufzunehmen. Von anderer Seite wird dagegen eingewandt, daß man dieses Ziel ohne Abänderung der Kirchenverfassung nicht erreichen könne: der Papst brauche nur orientalische Kirchenfürsten zu Kardinälen zu ernennen. Einer solchen Lösung würde freilich nicht die grundsätzliche Bedeutung zukommen, die mit einer generellen Beteiligung der ostkirchlichen Patriarchen an dem Konklave zu verzeichnen wäre. Tatsächlich ist unter Leo XIII. schon einmal ein Würdenträger der Ostkirchen zum Kardinal ernannt worden. Er hat aber an keinem Konklave

teilgenommen, weil er noch vor dem Tode Leo XIII. gestorben ist.

Noch weiter greifen die Pläne, die mit einem zweiten Gerücht zur Diskussion gestellt werden. Danach soll das Recht zur Papstwahl — im aktiven und passiven Sinne — von der Kardinalswürde getrennt und auf die jeweiligen Inhaber bestimmter bischöflicher und erzbischöflicher Sitze im Gesamt-Raum der Weltkirche übertragen werden. Das wäre nun allerdings eine kirchliche Verfassungsreform von umwälzender geschichtlicher Bedeutung. Sie würde dem Kardinalskollegium die Rolle eines zentralen Kirchenministeriums zuweisen, die viel erörterte Frage nach seiner nationalen Zusammensetzung, die gerade für die Papstwahl so bedeutungsvoll geworden ist und den Italienern ein tatsächliches, wenn auch nur historisches Übergewicht eingeräumt hat, im entscheidenden Punkte gegenstandslos machen und den internationalen Charakter der katholischen Kirche auf eine ganz neue Weise auch organisatorisch zum Ausdruck bringen. Aber nicht zu vergessen — es handelt sich hier wie in den anderen Fällen um Gerüchte und Kombinationen, die, so interessant und beachtenswert sie sein mögen, doch nur mit diesem ausdrücklichen Vorbehalt zur Kenntnis genommen werden können.

Die Ursache des Reinsdorfer Unglücks.

Durch Betriebsunfall Brand in der Wäscherei für Rückstände.

Das Hilfswerk für die Hinterbliebenen.

DNB Reinsdorf bei Wittenberg, 14. Juni.

Über die Ursache des Reinsdorfer Explosionsunglücks macht der Sonderberichterstatter des DNB folgende Mitteilung:

Durch einen Betriebsunfall im Sprengstoffbetrieb, wahrscheinlich in der Wäscherei für Rückstände, entstand ein Brand. Dieser Brand war die Ursache einer dann folgenden Explosion. Durch diese erste Explosion wurden infolge Übertragung durch Sprengstücke weitere Teilexplosionen und Brände verursacht.

Von dem Unglück ist nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des Gesamtwerkes betroffen worden. Die Gesamtproduktion wird dadurch nicht wesentlich beeinflusst.

Zur Zeit wird bereits von einem Teil der Belegschaft voll gearbeitet. Weitere Teile der Belegschaft räumen auf. Nach Wiederherstellung der Anlagen, die bereits in Angriff genommen wird, ist das Werk in Kürze wieder voll leistungsfähig.

Die Sorge für die Hinterbliebenen.

Die Werkleitung sorgt in vollem Umfang für die Hinterbliebenen. Die Belegschaft, die besonders feierlich in Anwesenheit von Vertretern der Reichsregierung und der Partei gekleidet waren, findet auf Kosten der Werkleitung das nötige bis zum Eintreten der Beerdigung ausgefüllt. Ferner ist das Werk bereit, den Hinterbliebenen auf Lebenszeit eine Rente auszahlen. Die deutsche Arbeitsfront wird unabhängig davon noch eine Sonderaktion zugunsten der Hinterbliebenen einleiten. Ebenfalls sind von der „Stiftung für die Opfer der Arbeit“ sofort größere Mittel bereitgestellt worden, von denen bereits 50 000 RM. angewiesen wurden.

Wittenberg am Morgen nach dem Unglück.

In Wittenberg ist Freitag vormittag wieder völlige Ruhe eingekehrt. Selbstverständlich haben alle Volksspieltheater und Vergnügungsfestivals ihre Anlagen zurückgelegt. Die Sportvereine haben ihre Veranstaltungen für den kommenden Sonntag abgelehnt. Die Geschäfte sind wieder geöffnet. Allerdings steht man in allen Straßen verärgelt. Die Deutschen haben viel Geld und Sachwerte verloren. Wenn nicht eine Instandsetzungsaktion von außen her in die Wege geleitet wird, noch Wochen brauchen werden, um alle Schäden allein in Wittenberg zu beseitigen.

Sehr gelitten haben natürlich die der Unglücksstätte benachbarten Dörfer und Arbeiterwohngebiete, vor allem Reinsdorf selbst und Braunsdorf. Hier sind zahlreiche Häuser abgedeckt, Dächer eingestürzt, Giebelwände eingedrückt usw. Die Bewohner haben vielfach ihre Betten aus den Wohnungen geholt und wegen der Einsturzgefahr im Freien schlafen müssen.

In den Straßen von Wittenberg sieht man jetzt viele Menschen mit Verbänden. Es handelt sich um Leichterkrankte, die gestern sofort aus den Krankenhäusern entlassen werden konnten. Zur Zeit findet im Arbeitsamt die Lohnzahlung für die Arbeiter des Reinsdorfer Betriebes statt.

Das Fabrikgelände der Reinsdorfer Sprengstoffkataklyse.



(Deutsche Presse-Foto-Zentrale M.)

Wasser gesetzt sei. Diese Pflichterfüllung bis zum Letzten hat eine Ausbreitung des Unglücks und die Vermehrung der Zahl der Opfer verhindert.

An vielen Stellen drangen auch Arbeiter, die ihre Werkstätten noch rechtzeitig verlassen konnten, trotz der durch herumfliegende Glasplitter und Steine erlittenen Verletzungen in andere Werkstätten ein, um Arbeiter, denen durch Einsturz oder schwere Verwundungen das Entkommen unmöglich war, zu bergen.

In den Vormittagsstunden des Freitag waren in Reinsdorf, Braunsdorf, Wittenberg, Bismarck, Döbeln, Teuchel und in den anderen Orten die Trümmer, die sich in der Hauptsache auf zerstörte Fensterbänke, Fensterrahmen, in einigen Fällen auch auf beschädigte Dächer beschränkten, beseitigt.

Das Werk, das nach dem verfallenen Vertrag unter Aufsicht der alliierten Kommission als einziges in beschränktem Umfang bestehen geblieben war, hat diesmal das dritte Unglück über sich ergehen lassen müssen. Bereits in den Jahren 1915 und 1925 haben zwei schwere Explosionen stattgefunden, die in beiden Fällen etwa je 50 Menschenleben forderten.

Beileidstelegramm des Führers.

DNB Berlin, 14. Juni.

Anlässlich der Explosionskatastrophe in Reinsdorf hat der Führer und Reichskanzler an die Leitung der Reichsfabrik für Sprengstoff- und Explosionsstoffe ein Beileidstelegramm gerichtet:

„Tief erschüttert durch die Nachricht von der furchtbaren Explosionskatastrophe, bei der so viele Kameraden der Arbeit ihr Leben lassen mußten, spreche ich Ihnen und der gesamten Belegschaft Ihres Werkes meine herzlichste, aufrichtige Teilnahme aus. Ich bitte Sie, diese allen Hinterbliebenen und den Verletzten meine besten Wünsche für gute Genesung zu übermitteln. Ich überweise zunächst den Betroffenen von mir aus den Betrag von 100 000 Mark. Adolf Hitler.“

Auch Reichsminister Dr. Frick hat an den Betriebsführer der Reichsfabrik für Sprengstoff- und Explosionsstoffe ein Beileidstelegramm gerichtet, in dem er mitteilt, daß er zur Verringerung der ersten Not dem Regierungspräsidenten die Summe von 10 000 Mark zugehen läßt.

Ferner haben der Reichs- und preussische Wirtschaftsminister und der Reichs- und preussische Arbeitsminister dem Betriebsführer und der Belegschaft der Reichsfabrik für Sprengstoff- und Explosionsstoffe ein Beileidstelegramm gerichtet, in dem sie die Teilnahme am Werk ihre warmen und aufrichtigen Anteilnahme ausgesprochen. Der Reichsarbeitsminister hat sich ferner sofort mit der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie in Verbindung gesetzt, damit durch die schnellste Auszahlung von Vorschüssen auf die entstehenden Rentenanprüche der dringenden Not in den Familien der Verunglückten gesteuert wird.

100 000 Mark-Spende der Partei.

DNB Berlin, 14. Juni.

Der Reichsfabrikmeister der NSDAP, Schwarz, hat, wie die NSR aus München meldet, folgenden Brief an den Betriebsführer der Reichsfabrik für Sprengstoff- und Explosionsstoffe Reinsdorf bei Wittenberg gerichtet:

„Die gesamte nationalsozialistische Bewegung ist tief erschüttert über das schwere Explosionsunglück, von dem die Reichsfabrik für Sprengstoff- und Explosionsstoffe betroffen wurde, und bittet Sie, den Hinterbliebenen der auf dem Felde der Arbeit gebliebenen Volksgenossen das aufrichtigste Beileid der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei übermitteln zu wollen. Auch ich habe für das Vaterland meine Gräße. Die Bewegung spricht den Verwundeten ihre Anteilnahme aus und gebietet ihnen mit den allerbesten Wünschen für eine baldige Genesung.“

Als Beitrag zur Verringerung der Not habe ich die Ehre, Ihnen im Namen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, den Hinterbliebenen der Opfer eine Summe von 100 000 Mark überweisen zu können. Heil Hitler! (gez.) Schwarz.“

Die Teilnahme der Deutschen Arbeitsfront.

▼ Berlin, 14. Juni.

Dr. Ley hat folgende Verfügung erlassen: „Mit tiefer Trauer steht das ganze Deutschland an den Vätern der Opfer des Reinsdorfer Explosionsunglücks. Die Deutsche Arbeitsfront wird ihre Verbundenheit durch die Tat beweisen. Als äußeres Zeichen unserer innigen Kameradschaft mit dieser schwer heimgesuchten Belegschaft ordne ich an: Sämtliche Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront werden sofort die Arbeitsfronttagung bis einschließlich des Freitagstages der Opfer halbmäßig zum Dienst anzuhalten. Auf fünf Tage Trauerflor anzulegen.“

Dr. Ley hat außerdem an die Reichsfabrik für Sprengstoff- und Explosionsstoffe ein Telegramm gerichtet, in dem er den Angehörigen der Opfer sein herzlichste Beileid und den Hinterbliebenen seine besten Wünsche ausdrückt und erklärt: „Was die Deutsche Arbeitsfront zur Verringerung der durch das Unglück entstandenen schmerzhaften Not tun kann, soll geschehen. Ich habe zunächst die Überweisung von 50 000 RM. verfügt.“

Das Beileid der SA.

DNB Schandorf, 14. Juni.

Im Verlauf der Gruppenführertagung in Bad Schandorf wurde die Nachricht von dem schweren Explosionsunglück in Reinsdorf bei Wittenberg bekannt. Stabschef Buhe unterbrach darauf die Besprechung und gedachte in ehrenvollen Worten der auf dem Kampffeld der Arbeit gebliebenen Volksgenossen.

An die Werkleitung der Reichsfabrik für Sprengstoff- und Explosionsstoffe wurde folgendes Telegramm zur Absendung gerichtet: „Mit dem zum Führerappell veranlaßten Führern der SA-Gruppen und Amtsbezirks der Obersten SA-Führung bringe ich die Leitung und besonders den Angehörigen der Opfer die herzlichste Teilnahme zum Ausdruck. Buhe, Stabschef.“

Spenden für die Opfer des Unglücks.

DNB Berlin, 14. Juni.

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda teilt mit: Es wird gebeten, Spenden, die zur Verringerung der Notlage der Opfer des Unglücks bei Wittenberg bestimmt sind, an die beim Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda bestehende „Stiftung für Opfer der Arbeit“ (Kontonummer 120) bei der Reichsreditkassendirektion Berlin W 8, Behrenstraße 20/21, mit dem Bemerken für Wittenberg einzusenden. Die Stiftung für Opfer der Arbeit wird für die sachgemäße Verwendung dieser Mittel Sorge tragen.

Riesenbrand in Tokio.

DNB Tokio, 13. Juni.

In einer Fabrikvorstadt von Tokio entbrach am Donnerstag ein Brand, der trotz aller Bemühungen der Feuerwehr gewaltige Ausmaße annahm. Eine aus sieben Gebäuden bestehende Zellulosefabrik, eine Gummi- und eine Eisenfabrik mit zwei Gebäuden und vier Wohnhäusern wurden zerstört. Der Schaden ist ungeheuer groß.

Blick nach draußen.

Notizen aus Auslandsgepfungen.

Die französische Veredelbarkeit.

Ein „Fest der Veredelbarkeit“ wurde dieser Tage in Paris abgehalten. Es handelte sich um ein Experiment, das angeblich so erfolgreich verlaufen ist, daß es nun jedes Jahr stattfinden soll. Nicht weniger als fünfzig Reden über alle möglichen Themen wurden gehalten, und zwar nicht etwa von jungen Leuten, die sich später rhetorisch betätigen wollen, sondern von solchen, die schon lange eine Veredelbarkeitspraxis hinter sich haben, wie z. B. Parlamentarier, Mitgliedern der Akademie, kirchlichen Würdenträgern, Wölfen, dem Direktor des Staatstheaters, zwei Suffrageten usw. Das Rednerfest fand bezeichnenderweise auf dem alten Forum Romanum von Lutetia statt, dessen Amphitheater noch einigermaßen gut erhalten ist. Die Einnahmen kamen den Wohlfahrtsvereinigungen der Presse zugute. Man muß sich wundern, daß ein solches Rednerfest in Paris noch zahlende Zuhörer findet, wo man doch das gleiche Vergnügen jeden Tag gratis im Palais Bourbon, dem Sitz der französischen Kammer, haben kann.

Der Brief im Blumentopf.

In Belgien fiel neulich bei einem Sturm in dem Städtchen Wepinier von dem offenen Fenster eines Hauses ein Geranientopf auf die Straße. Zum Glück traf er niemanden, sondern geriet auf dem Fußsteig. Ein Polizist, der den Vorgang beobachtet hatte, kam herbei, befragte den Schaden und entdeckte dabei in dem Blumentopf einen Brief mit der Adresse des Staatsanwaltes, der auch sehr bald im Besitz dieses Briefes war. Dieser enthielt ein Geständnis des Hausbesizers, der vor drei Jahren beim Erbrechen eines Gelbfieberkranken beteiligt war. In seinem Testament hatte der vom schlechten Gewissen geplagte des Briefes angegeben, der erst nach seinem Tode gestellt werden sollte. — So lange wollte der Staatsanwalt jedoch nicht warten, er ließ den Mann sofort verhaften, der gerade beim Kofferpaket betroffen wurde.

Ein müßiggängeriger Parlamentarier.

Ein Mitglied des britischen Unterhauses, Sir Germaine, teilte neulich einer aufrorhenden Öffentlichkeit mit, daß er über Betten und Kissen seine eigenen Gedanken habe. Leider erklärte er nicht, was das für Gedanken seien. Die kleine Bemerkung hätte wahrscheinlich niemals Eingang in die Zeitungen gefunden, wenn das Bett und die Pferde- reiten in England nicht ein sehr bedeutendes sozio- logisches und wirtschaftliches Problem wären und wenn Sir Germaine nicht ein langjähriges Mitglied der Wettfeuer- kommission wäre. Abgesehen davon ist Sir Germaine seit zwanzig Jahren im Unterhaus, wo er in dieser langen Zeit nicht einmal das Wort er- griffen, geschweige denn sich zu einem Spezialproblem geäußert hat. Nachdem er jetzt zu dem Schluß gekommen ist, daß er seine eigenen Ansichten über Kissen und Betten habe, hofft man, diese gelegentlich auch einmal zu erfahren. Was andere Abgeordnete jenseit reden, scheint Sir Germaine zu wenig von sich zu geben.

Sendung von Hamlets Schloß.

Seit Monaten ist die Seite der Oxfordianer, eine englische Ermedungsbewegung, in Skandinavien tätig, um dort Anhänger zu werben. In Norwegen hat sie ein wenig Glück gehabt, in Dänemark dagegen über- haupt keines. Vielleicht ist das der Grund dafür, daß sie am Pfingsttag einen Appell an Europa richtete, um es „geistlich zu mobilisieren“. Für diesen Appell hatte man sich den Ritteraal des Schlosses Kronborg in Helsingör ausgeliehen, in dem bekanntlich Shakespeares „Hamlet“ spielt (in Wirklichkeit könnte Hamlet, selbst wenn er historisch wäre, schon aus chronologischen Grün- den mit Kronborg nichts zu tun gehabt haben). Der große dänische Sender Kalundborg war so freundlich, die Reden aus dem Ritteraal über Europa zu verbreiten. Die skeptischen Dänen sind aber trotzdem wenig geneigt, an eine geistliche Mobilisierung Europas im Sinne der Oxfordianer zu glauben.

Der „vom Himmel gefallene“ Arm.

Daß ein Arm ohne den dazu gehörigen Menschen „vom Himmel“ fiel, wird aus Zug- schlüssen zum ersten Mal berichtet. Es geschah das am heiligsten Tage im Dorfe Rabuni bei Nisibis, und die Aufregung darüber ist in der Dorfwohnerschaft be- greiflicherweise groß. Auf dem Hof des Bauern Nado- jovic sollte plötzlich vom Dach ein menschlicher Arm her- ab. Der Dorfarzt stellte fest, daß es sich um den Arm einer Dame handelte. Die Hand war wohlgepflegt und die Nägel waren geätzt, nur der Daumen fehlte. Bisher hat die Polizei keine Fährte gefunden; auch ist kein Flugzeug über den Ort geflogen. Einkreisen ist der Arm unter Beteiligung des ganzen Dorfes auf dem Friedhof beigelegt worden.

Medialer Kummel um die „Mondfähre“.

Wer als Junge Indianergeschichten gelesen hat, ahnt, daß mit der „Mondfähre“ ein Indianer- hauptling gemeint ist. Von seinen Heldentaten wissen wir sehr wenig; nur daß er in den Wäldern von Saslatoon in Kanada hauste und vor rund 300 Jahren verstorben ist, hat er uns in diesen Tagen wissen lassen. Nicht etwa durch ein hinterlassenes Tagebuch, denn die „Mondfähre“ war des Lesens und Schreibens unfähig. Da sie sehr mittelungsbedürftig ist und offenbar auf den ewigen Jagdgründen nicht rechte Gelegenheiten findet, sich auszupressen, bedient sie sich eines Mediums, um mit den gegenwärtigen Menschen in Verbindung zu kommen. Dieses Medium ist Mister Horace S. Hambling in London. Er erfreut sich als Medium in England in den zahlreichen okkultistischen Kreisen großen Ansehens und genießt offenbar auch das volle Vertrauen der „Mondfähre“, die sich nur durch ihn vernahmen läßt. Das aber tut sie oft und gründlich, und Herr Hambling hat schon in 133 Sitzungen, die an vielen Orten stattfanden, den Engländern übermittelt, was die

gesprächte, um nicht zu sagen geschwähige Rottaut auf dem Herzen hatte. Das waren nun keineswegs große Geheimnisse oder Weisheiten, auch ist von Stalpen nicht die Rede gewesen, sondern nur von den alltäglichen kleinen Sorgen eines Indianerhauptlings um Weideweise, Weideweise, Weideweise u. a. m. Unlängst fand eine von 5000 Menschen besuchte Sitzung in der großen Halle des „Royal Albert Hall“ in London statt. Das Medium S. Hambling, das nun in Gegenwart seiner Frau die Fähigkeit besitzt, die Verbindung mit den Tensitiven aufzunehmen, erwartete die Bewunderung

der „Okkultisten“, da es ihm mühelos gelang, die Bot- schaften der „Mondfähre“ ohne Stöden aus der In- dianersprache ins Englische zu übertragen. Da „Mond- fährte“ ein großer Freund von gutem Essen und gutem Trunk ist, wie sie selbst bekennt, so hat man in einer kleinen Stadt Nordenglands zu ihren Ehren ein Ban- fett veranstaltet, auf dem S. Hambling in Vertretung des Indianerhauptlings sich die englische Küche mit Be- sagen schmecken ließ und nachher den Dank der Rottaut, die bedauerte, nicht zu Lebzeiten in England gewürzt zu haben, aussprach.

Das erwartete deutsch-englische Flottenabkommen.

„Ein wichtiger Fortschritt in der Praxis, eine stillschweigende Mißachtung des Versailler Vertrages.“

Zuversichtliche englische Stimmen.

DNB London, 14. Juni.

In einem Leitartikel von dem voraussichtlichen deutsch-englischen Flottenabkommen schreibt die „Times“:

„Es ist durchaus erwünscht, daß die Besprechungen ein endgültiges Ergebnis zeitigen. Es ist endlos viel über Frieden und gutes Verständnis zwischen den Nationen geredet worden, aber es hat sich stets als schwierig erwiesen, Wünsche in greifbare Abmachungen zu überführen. Nachdem der Versuch, ein alle umfassendes Rüstungs- abkommen zwischen 60 Nationen in Genf zu erzielen, ge- scheitert ist, hat die englische Regierung fernerhin be- schlossen, Schritt für Schritt vorwärtszugehen.“

Das Flottenabkommen ist ein Schritt, das Luft- lozarno soll der nächste sein. Allgemein gesprochen scheint das erwartete Abkommen das einfachste und befriedigendste unter den gegenwärtigen Umständen zu sein.

Das Abkommen mit Deutschland könnte sehr wohl in ein allgemeines Abkommen mit den anderen Flotten- mächten eingepaßt werden, das sich auf den Grund der erklärten Flottenbauprogramme stützt und das das inter- nationale Friedenssystem ungeheuer verstärken würde.

Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß das Abkommen in seinen großen Gesichtspunkten in Eng- land allgemein begrüßt werden würde, und es sollte auch anderswo weitgehend als ein Beitrag zur Be- friedigung und Beruhigung begrüßt werden.

Obwohl es in der Praxis eine stillschwei- gende Mißachtung des Versailler Ver- trages umfasse, werde es doch, indem es ein neues Abkom- men an Stelle eines Teiles der Rüstungsbeschränkungen des Vertrages setzt, einen wichtigen Fortschritt in der Praxis darstellen, den Frieden auf den festen Grund freier abgeglichener Verträge zu stellen. Es gebe Teile des Versailler Vertrages, die am besten vergessen werden, genau so, wie der Prinz von Wales neulich gesagt habe: „Wir Frontkämpfer haben das jetzt alles vergessen.“ Als Ganzes steht der Vertrag immer noch, ebenso wie der Krieg eine unergiebige Erinnerung für alle bleibe, die daran teilgenommen haben. Wer mit der Zeit würden beide in sehr ver- schiedenen Perspektiven gesehen.

Die juristische Gültigkeit des Versailler Vertrages könne nur durch einen Akt aller Unterzeichner be- endet werden. Aber jene Teile, die durch allgemeine Abmachungen nicht umgeformt werden könnten, müßten einfach in Trümmern liegen gelassen werden, während neue Abmachungen zwischen den Ländern, die sich über ihre Gestaltung einigen können, daneben gelten würden.

In ähnlichem Sinne sei die Erklärung des Prinzen von Wales nicht ein Staatsakt, sondern ein Akt allge- meiner Menschlichkeit und gesunden Menschenverstandes. Die Reue, gute Beziehungen mit Deutschland herzu- stellen, bedeute nicht eine Verrückung der englischen Freundschaftsbeziehungen zu anderen Ländern, sondern sie bedeute, daß England glaubt, es sei Zeit für alle europäischen Länder, gute Nach- barn zu werden und nicht mehr als frühere oder zukünftige Feinde zu leben.

Ein wenig mehr von diesem Geist der Verständigung müßte es möglich machen, die weiteren Vorschläge Hitlers durch- zuführen, der in seiner Rede nicht nur die vor- geschlagene Erörterung eines Flottenabkommens und eines Luftpactes angenommen, sondern auch erklärt habe, daß er bereit sei, die schwersten Waffen abzu- schaffen, die für Angriffsmahnahmen auf dem Lande geeignet seien, wie z. B. Giftgas und große Tanks.

Zusammen mit den großen Verteidigungsmahnahmen Frankreichs längs seiner Grenze würde die Annahme die- ser Vorschläge den Franzosen sicherlich ein sehr wertvolles zusätzliches Sicherheitsgefühl verleihen. Hitler glaube an die Wiedergeburt des Abendlandes, und andere Länder würden augenblicklich weiterhin, ihre Beiträge dazu zu liefern. Hier sei ein Feld für eine vornehmere und aufbauendere Tätigkeit als die ausschließliche Beschrän- kung auf negative Pläne zur Kriegsverhütung.

„News Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel, der bisherige Verlauf der deutsch-englischen Flottenbesprechungen sei befriedi- gend.

Das Abkommen werde Deutschland eine mächtige Flotte geben, so mächtig, wie es für die Verteidigungs- zwecke möglicherweise brauchen könne. Ferner befreie es Deutschland in Bezug auf die Flottenstärke von der Verdächtigung von Angriffsbefähigten, und es mache in Zukunft die deutsch-englischen Flottenparität unmöglich, die die deutsch-englischen Beziehungen vor dem Kriege jahrelang vergi- tet habe.

Für Europa im allgemeinen sei das Abkommen ohne Zweifel eine Erleichterung. Es beseitige die Gefahr eines neuen Flottenwettlaufes, soweit Europa in Frage kommt. „It is not a little, it is a great thing.“

Der sozialistische „Daily Herald“ nennt in einem Leitartikel das Abkommen einen wichtigen Friede- densbeitrag. Jeder Mensch mit gesundem Menschen- verstand müsse, daß die Versailler Flottenbeschränkung tat- sächlich tot sind, und der totale Hand könne nicht er- lauben, die lebende Arbeit zu lähmen. Hitler, um ihm Gerechtigkeit anzutun, habe einen sehr bemerkenswerten Beitrag zur Sache der Rüstungsbegrenzung geliefert.

Bundesleiter Dr. Steinacher und Dr. Ernst Kränge für die Wehrmacht, für den VDA und für das Auslands- deutschland niedergelegt. Sodann sprach Bundesleiter Dr. Steinacher. Hindenburg sei seit dem Jahre 1917 Ehrenführer und Ehrenvorsitzender des VDA gewesen. Er habe in den entscheidenden Jahren die Aufgabe des VDA geleistet und erhalten, wofür ihm Dank gebühre. Heute nehme der VDA Abschied von seinem Ehrenführer. Sodann gedachte Dr. Steinacher der Toten, die in Ostpreußen und darüber hinaus vom hohen Norden bis zum Schwarzen Meer gefallen sind.

Volksdeutsches Gedenken im Tannenberg-Denkmal.

Abschied des VDA von Hindenburg.

DNB Hohenstein, 13. Juni.

Die Ostlandtagung des VDA fand ihren Ausklang in einer Gedenkfeier im Tannen- berg-Denkmal, der Ruhestätte des Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls von Hindenburg, der seit 1917 Schutz- und Schirmherr des VDA war.

Die weite Fläche im Innern des Denkmals war von Zehntausenden von Männern und Jungen des VDA mit ihren Wimpeln und Bannern erfüllt. Im hohen Wälder flatterten Fahnen, rechts und links loderten aus Oper- schalen Flammen zum Himmel. Nach dem Einmarsch der Ehrenkompanie des Allensteiner In- fanterieregiments mit den Hindenburgfahnen unter den Klängen des Badenweiler Marsches begann der Festakt. Dabei sprach der Kommandierende Gene- ral im Wehrkreis I Generalleutnant von Brauchitsch, als Vertreter des Reichswehrministeriums, der zu seinem Bedauern der Tagung nicht habe bei- wohnen können. Nachdem der Redner auf die Wiederge- winnung der deutschen Wehrhoheit hingewiesen hatte, er- innerte er an die Schlachten von Tannenberg in den Jahren 1410 und 1914. Das Blut der besten Söhne des deutschen Volkes habe diese Erde getrunken, sie sei geweihter Boden. 1924 habe hier der Sieger von Tannenberg, der Führer der heldenmütigen Millionen im Weltkrieg, Generalfeld- marschall von Hindenburg, den Grundstein gelegt zu diesem Mahn- und Ehrenmal. Seine Tüme blühten als Wahrzeichen soldatisch-selbstigen Geistes weit hinaus in das Land. 1927 habe von dieser Stelle Hindenburg als Reichspräsident die Kriegsschuldfrage widerrufen und bei dieser Gelegenheit an das in Varietäten zerfallene deutsche Volk die Mahnung zur Einheit gerichtet. Die Vorbe- dingung zur Erfüllung seiner Worte sei im Frühjahr 1933 unter Adolf Hitler geschaffen worden. Am 27. August desselben Jahres habe der Volkstanzler Adolf Hitler in feierlichem Staatsakt den Sieger von Tannen- berg ehren lassen. Ein Jahr später habe das deutsche Volk an dieser Stelle den letzten Abschied von dem ver- ewigten Feldmarschall, dem Vater des Vaterlandes, ge- nommen. Alle Anwesenden sollten sich stets das Wort des vereinigten Feldmarschalls als Richtschnur für ihr Leben nehmen: „Die Treue ist das Mark der Ehre“. Alle sollten treu sein gegen ihr Volk, ihre Heimat und sich selbst. Die Kränze, die jetzt an der Brust niedergelegt wurden, ehrten auch die Millionen Deutscher, die in aller Welt im Kampf für das Deutschland ihr Leben gegeben hätten.

Unter den Klängen des Liedes vom guten Kameraden wurden darauf durch Generalleutnant von Brauchitsch,

Anschließend brachte Dr. Steinacher, nachdem die Ehrenkompanie das Gewehr präsentiert hatte, auf den Führer und das ganze deutsche Volk ein dreifaches Siegesheil aus. Es folgte das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied. Unter klingendem Spiel zogen die Jungen und Männer zurück nach Hohenstein, um von dort aus ihre Wanderfahrt durch das schöne Ostpreußen fort- zusetzen.

Revision im Rundfunkprozeß eingelegt.

DNB Berlin, 14. Juni.

Nachdem die Verteidigung der Angeklagten im großen Rundfunkprozeß vor der 8. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts bereits unmittelbar nach der Urteilsverkündung die Erklärung abgegeben hatte, daß sie namens der Verurteilten Revision beim Reichsgericht einlegen werde, hat sich jetzt auch die Staatsanwaltschaft entschlossen, ihrer- seits vom Rechtsmittel der Revision Gebrauch zu machen.

Die Unterhaltungszuschüsse der Referendarde.

Die Pressestelle des Reichsjustizministeriums teilt mit: Der Reichsminister der Justiz hat am 18. März 1935 eine allgemeine Verfügung über die Unterhaltungszuschüsse und Vergütungen für Referendare erlassen. Diese Verfügung ist in der Öffentlichkeit vielfach dahin ausgelegt worden, als werde nunmehr jedem Referendar ein Unterhaltungszuschuß gewährt und als sei damit die wirtschaftliche Not der Referendare im wesentlichen beseitigt. Dem ist nicht so. Auch nach der Neuordnung kann, weil nur beschränkte Mittel zur Verfü- gung stehen, nur besonders tüchtigen Referen- daren ein Unterhaltungszuschuß gewährt werden.

Auch wird der Unterhaltungszuschuß keineswegs in jedem Falle in dem zugelassenen Höchstbe- trage von 140—170 RM. monatlich gewährt; vielmehr wird zumeist nur ein geringerer Betrag be- willigt werden können. Die Neuordnung des Unterhalts- zuschusses ist daher nur ein geringer Beitrag zur Be-hebung der wirtschaftlichen Not des juristischen Nach- wuchses. Es bleibt nach wie vor die Aufgabe aller in Frage kommenden Stellen, zur Erleichterung der wirt- schaftlichen Lage der Jungjuristen alles zu tun, was sich zur Zeit möglich machen läßt.

Wieviel Juden gibt es noch in Deutschland?

Rassenpflege im völkischen Staat.

DNB Berlin, 13. Juni.

In einem Vortrag über „Rassenpflege im völkischen Staat“ vor dem Seminar für nationalpolitische Bildung an der Hochschule für Politik kam der preußische Staatsrat Ministerialrat Dr. Conti am Mittwochabend auf die Frage zu sprechen, wieviel Juden heute noch in Deutschland lebten. Er erklärte, daß noch viel- fache die falsche Ansicht verbreitet sei, es habe in Deutsch- land immer „nur“ 600 000 Juden gegeben. Diese Zahl sei auf eine Zählung von 1912 zurückzuführen, bei der

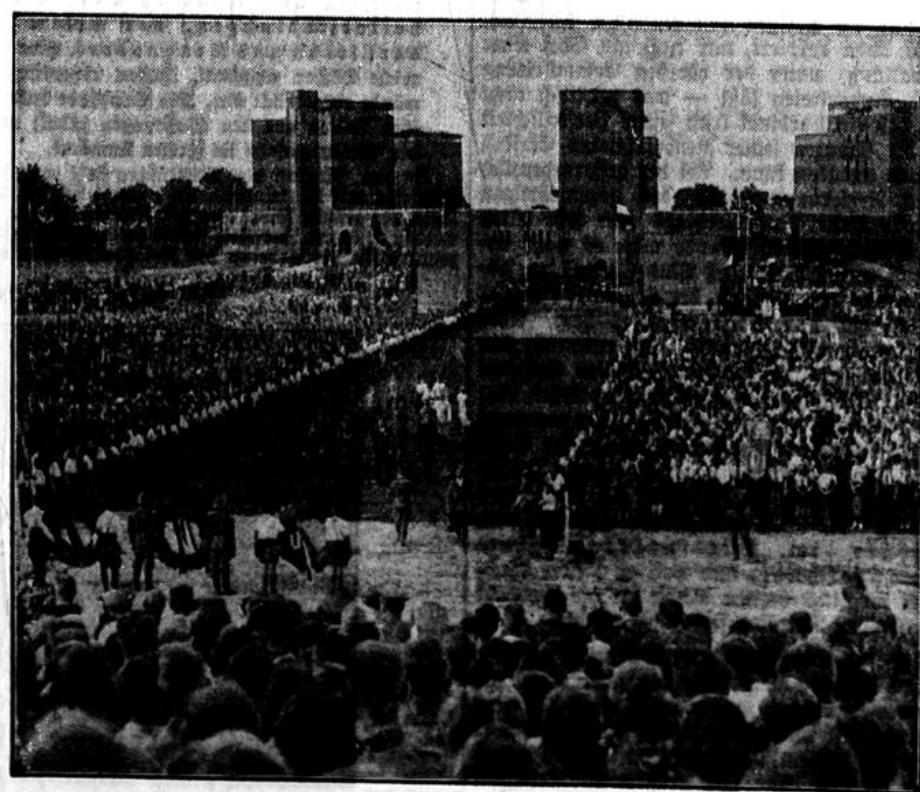
Wandern stärkt den Sinn für Heimat und Volk. Darum unterstütze das Jugendwandern und die Jugendherbergen.

unter „Juden“ nur die Angehörigen der jüdischen Kon- fession verstanden wurden. Tatsächlich aber habe es da- mals 2,5 Millionen Nichtarier gegeben. Diese Zahl sei inzwischen etwa auf 1,6 Millionen ge- sunken, und zwar zählte man heute in Deutschland 600 000 mosaische Volkjuden, 800 000 Volkjuden nicht jü- dischen Glaubens und 750 000 jüdische Mischlinge.

In seinen weiteren Ausführungen betonte Staatsrat Dr. Conti die unbedingte Notwendigkeit, die eingetretene Entartung unseres Volkes aufzuhalten und das deutsche Volk biologisch zu neuem Aufstieg emporzuführen. Staats- rat Conti warnte davor, zu glauben, daß die Gefahr des Unterganges für unser Volk schon gebannt sei durch unsere rassenpolitischen Maßnahmen und die zahlenmäßige Vermehrung der Ge- burten im letzten Jahre. Es seien immer noch 8 1/2 Millionen Kinder zu wenig geboren und den ersten Kindern müßten nun die zweiten, dritten und vierten folgen, denn drei und vier Kinder müßten aus jeder einzelnen fruchtbaren Ehe hervorgehen, wenn der zahlenmäßige Bestand für immer gesichert sein soll.

Nach einem Rückblick auf die bisherige bevölkerungs- politische Gesetzgebung des Dritten Reiches kündigte der Redner einen Lastenausgleich zugunsten fin- derreicher Familien und ferner eine Beamten- besetzungsreform mit dem gleichen Ziele an, die beide in ihrer vollen Durchführung gewaltige Umwälzungen auf rassenpolitischem und bevölkerungs- politischem Gebiet bedeuten würden.

Die VDA-Jugend am Tannenbergdenkmal.



(Presse-Bild-Zentrale-M.)

Nieren-, Blasen- u. Frauen-
leiden, Harnsäure, Eiweiß,
Zucker
Frequenz 1934: 20.100.

Wildunger Heilenquelle

Hauptniederlage in Münster:
Heilquellenzentrale Ferd. Meyer,
Prinzpalast 44. Tel. 25080.
Schriften kostenlos.